

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

während in Deutschland die SPD in den aktuellen Wahlumfragen mit nur noch 15,5 % unter den leicht höheren Wert der AfD fiel und die CDU-Vorsitzende Angela Merkel mit der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ihre Wunschkandidatin für die Neubesetzung des Generalsekretär-Postens (und evtl. mehr) präsentierte, flossen auf europäischer Ebene weitere Hilfsmilliarden nach Griechenland und die völlig ungesicherten „Target2-Forderungen“ der Deutschen Bundesbank wuchsen immer weiter. Um die hierin liegende Brisanz insbesondere auch für die deutschen Sparer bewerten zu können, muß man die Grundzüge des Target-Systems kennen:

Grundlage ist dabei die Funktion der Europäischen Zentralbank (EZB) als Verrechnungsstelle für inhereuropäische Zahlungen. Kauft beispielsweise ein griechischer Kunde eine Maschine bei einem deutschen Lieferanten, wird bei der Überweisung der Rechnungssumme dessen griechische Hausbank den Betrag dem Konto des Warenempfängers belasten und den Zahlungsauftrag nach Deutschland an die griechische Notenbank weiterleiten. Diese reicht ihn zu Lasten ihres Kontos bei der EZB weiter, welche dann eine entsprechende Gutschrift auf dem EZB-Konto der Deutschen Bundesbank veranlaßt. Die Bundesbank wiederum überweist den Rechnungsbetrag an die Hausbank des Lieferanten weiter, die diesen dann dem Kundenkonto gutschreibt. Durch diesen Zahlungsvorgang baute also die griechische Notenbank eine Verbindlichkeit gegenüber der EZB auf und die Deutsche Bundesbank eine entsprechende Forderung.

Nun wurden im ersten Jahr (2007) des Bestehens dieses Zahlungssystems die sich auf diese Weise ergebenden „Target-Salden“ täglich ausgeglichen. Doch das änderte sich mit der Pleite der Lehman-Bank im September 2008, als – sehr vereinfacht dargestellt – den Geschäftsbanken im Süden der Währungsunion das Geld ausging und sie von ihren nördlich gelegenen Partnerbanken auch grundsätzlich keine Kredite mehr bekamen. In der Folge öffnete die EZB ihre Geldschleusen, wobei sie bis heute auch minderwertige „Sicherheiten“ akzeptiert und man verzichtete zusätzlich auf den Ausgleich der „Target-Salden“. Für Deutschland als stärkste europäische Exportnation hat dies eine inzwischen bis auf eine runde Billion Euro gestiegene „Target2-Forderung“ zur Folge, denen entsprechende Verbindlichkeiten der „Waren-Import-Staaten“ gegenüberstehen. An erster Stelle ist hier Italien mit rund 450 Milliarden Euro zu nennen, es folgen Spanien (rd. 370 Mrd.), Portugal (rd. 85 Mrd.) und Griechenland mit etwa 60 Mrd. Euro.

Ein weitgehend geschlossenes System von Forderungen und Verbindlichkeiten (und nichts anderes ist „Target2“) stellt solange kein Problem dar, wie den daraus resultierenden Verpflichtungen nachgekommen wird. Hierzu ist festzustellen, daß es für die „Schuldnerstaaten“ derzeit praktisch keine Pflichten gibt. Es sind keine Zinsen vereinbart und erst recht keine Tilgung. Doch dies würde sich schlagartig ändern, wenn das erste Schuldnerland – aus welchem Grund auch immer – aus dem Euroverbund ausbrechen sollte. Dessen „Target-Verbindlichkeiten“ würden dann nämlich sofort fällig und es könnte keine entsprechende Zahlung erfolgen. Die EZB wäre dann gezwungen, ihre Forderung gegenüber der jeweiligen nationalen Notenbank abzuschreiben. Dies würde dann auch die Bilanz der Deutschen Bundesbank in Höhe ihres Kapitalanteils an der EZB (27 %) treffen.

Hierzu ein Beispiel: Träte Griechenland aus dem Euroverbund aus, würden dessen „Target-Verbindlichkeiten“ von etwa 60 Mrd. Euro wertlos. Dies träte die Deutsche Bundesbank mit 27 %, was rund 16 Mrd. Euro entspräche. Das ist schon mehr, als die zum 31.12.2016 in der Bundesbankbilanz ausgewiesenen „Wagnisrückstellungen“ (15,35 Mrd. Euro) ausmachen. Und verließ Italien den Euroverbund, beliefe sich der deutsche Anteil auf 27 % von 450 Mrd. Euro, also auf mehr als 120 Mrd. Euro. Es wäre ein Forderungsausfall, den die Deutsche Bundesbank rein rechnerisch bilanziell nicht mehr verkraften könnte.

Erst wer dies alles weiß, versteht, auf welch dünnem Eis unser gegenwärtiges Währungsgefüge steht und wie hoch die latenten Gefahren für alle Sparer etc. einzuschätzen sind. Und man kann sich dann auch erklären, weshalb die gegenwärtig herrschenden Politiker eine „Euro-Rettung“, einen Fortbestand der europäischen Kunstwährung um praktisch jeden Preis anstreben. Sie könnten sonst in die Verlegenheit kommen, ihren Wählern erklären zu müssen, daß deren Geldguthaben mit einem Schlag weitgehend wertlos werden könnten. (tb)

2 **„Flüchtlings“-Eigenheime für 480 000 Euro**

In Kleinburgwedel, einer Vorortgemeinde von Hannover, baute die Kommune eigens für legale oder illegale Neuankommlinge, die jedenfalls von sich behaupten, daß sie „Flüchtlinge“ seien, neue Doppelhaushälften zu je 480 000 Euro. Es ist bislang nicht bekannt, daß derartige Anstrengungen auch für hilfsbedürftige Einheimische unternommen worden sind. (eh)

3 Tausende Facebook-AfD-Seiten gelöscht

Ungeachtet der Frage, ob das von Heiko Maas (SPD) eingeführte Gesetz zur Zensur des Internets (Netzwerkdurchsetzungsgesetz) überhaupt verfassungskonform ist, wird es bereits massenhaft ohne Beteiligung der Justiz eingesetzt. Ohne richterlichen Beschluß, ohne konkrete Verdachtsmomente und ohne hinreichende Belege für etwaiges kriminelles Verhalten, beleidigende Ausdrucksweisen oder andere strafrechtlich relevante Äußerungen löscht vor allem der Mediengigant Facebook „auf Zuruf“ auch rein private Seiten seiner Nutzer. Zum Teil werden Scheinargumente bemüht, um Seiten tagelang oder gänzlich zu unterdrücken. So wurde beispielsweise von einem Administrator, der mehrere Facebook-Seiten für verschiedene AfD-Ortsverbände pflegt, auf einmal eine persönliche Identifizierung verlangt. Trotz sofortiger Reaktion des Betroffenen nahm Facebook sämtliche von ihm gepflegten Seiten wochenlang „vom Netz“. Die Bearbeitung der Identitäts-Klärung wurde mutmaßlich bewußt hinausgezögert, um die politisch unerwünschten Inhalte so lange wie möglich zu unterdrücken.

Es ist weder genau definiert noch rechtssicher geregelt, welche Behörde auf welcher rechtlichen Grundlage mit welchen Begründungen über das Internet verbreitete Meinungsäußerungen „verbieten“ kann. Weil mit der dahinter stehenden Einschränkung der Meinungsfreiheit immerhin um ein zentrales Grundrecht und eine zentrale Säule der Demokratie berührt wird, bleibt ein derartiges Vorgehen des Staates schwer nachvollziehbar. Ohne pluralistische Meinungsbildung (in jeder Richtung!) ist nämlich Demokratie nicht möglich. Wenn die Menschen nur einseitig – selbst wenn dies ausschließlich richtig wäre – informiert werden, können sie bestenfalls vorgegebene Phrasen wiedergeben, sich aber keine eigene Meinung auf einer unabhängigen Basis bilden. Ganz gleich, wie absurd und fernab der Realität die Meinungsäußerungen im Internet im Einzelnen auch sein mögen, verlangt doch jede freiheitlich-demokratische Grundordnung besonders hohe Hürden, wenn es um die Unterdrückung bestimmter, im Netz verbreiteter Meinungen geht.

Jede sich in diesem Bereich einschleichende „Zensur“ ist deshalb als Vorstufe zur Errichtung einer Diktatur anzusehen. Es ist nicht besonders hilfreich für die Stärkung der Rechtstreue der Bürger, wenn die Politik derartige, rechtlich zweifelhafte und die persönlichen Freiheiten einschneidende Regelungen trifft und dadurch immer mehr Zweifel an der Grundrechtstreue der Regierenden aufkommen. (eh)

4 EU schlug bereits 2016 „Resettlement“ (Umsiedlung oder Umvolkung) in Europa vor

In der nur wenig bekannten Pressemitteilung IP/16/2434 schlug die Europäische Kommission bereits am 13.7.2016 einen verbindlichen Rechtsrahmen zur Neuansiedlung von sogenannten Flüchtlingen als dauerhafte „Neubewohner“ Europas vor. Die einzelnen Länder werden dazu aufgerufen, den ungehinderten Fluß der letztlich von der EU eingeleiteten Migrationsströme zu gewährleisten und den Personen eine „sichere und geordnete Neuansiedlung in Europa zu ermöglichen“. Die dazu eingeleiteten ad hoc-Lösungen der Länder seien noch nicht ausreichend und müssten ausgebaut werden, heißt es sinngemäß in der wie eine Resolution anmutenden Pressemitteilung. (eh)

5 Studien werden systematisch gefälscht

Die Bundesregierung gibt permanent auf Steuerzahlerkosten Meinungsumfragen bei privaten Umfrageinstituten in Auftrag. Diese Studien sollen offiziell dazu dienen, den vermeintlichen Wählerwillen zu ergründen, um die Politik danach auszurichten. Nun stellt sich aber heraus, daß etliche dieser Studien auf Wunsch und im Sinne des jeweiligen Auftraggebers systematisch gefälscht wurden. Während tatsächlich unabhängige Studien beispielsweise belegten, daß die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger die „Neuansiedlungspolitik“ der Bundesregierung und Europäischen Union ablehnt, daß die Mehrheit der neu angekommenen Personen über keinerlei Berufsausbildung verfügt und daß der weit überwiegende Teil der sogenannten „Flüchtlinge“ weder vor Verfolgung im Sinne der Genfer Konventionen floh noch zum Zwecke der Arbeit nach Deutschland kam, gelangten die von der Politik selbst in Auftrag gegebenen und wohl wunschgemäß gefälschten Studien zu „leicht anderen“ Ergebnissen.

Das Problem mit den mutmaßlich „frisierten“ Ergebnissen bei den von der Politik in Auftrag gegebenen Studien ist nicht zuletzt deshalb so erheblich, weil viele Politiker längst zugegeben haben, sich bei ihren politischen Handlungen nach genau diesen Meinungsumfragen zu richten. Damit bestimmen nicht etwa der Bürgerwille, der vernünftige Menschenverstand oder „vermeintlich richtige“ Lösungen das Entscheidungsverhalten der Politik, sondern angeblich aus Meinungsumfragen abgeleitete Wählerpotentiale, die aber letztlich nur den Willen weniger politischer Entscheidungsträger widerspiegeln. Damit ist es so gut wie bewiesen, daß die gegenwärtige, in vielen Fällen gegen die fleißigen, leistungsstarken und rechtstreuen Bürger gerichtete Politik nur das Ergebnis der Wunschvorstellungen einiger Weniger sein kann. (eh)

6 Über 10 Mrd. Euro für parteinahe Stiftungen seit der Wende

Seit 1990 haben die im Bundestag vertretenen Parteien ihren eigenen Stiftungen über 10 Mrd. Euro „zugeschoben“. Dort werden (wohl nicht selten am Rande der Legalität) ehemalige oder zukünftige Parteifunktionäre mit Spitzengehältern „geparkt“ sowie kostspielige Hilfstätigkeiten für die jeweiligen Parteien oder auch Wahlkampfhilfsmaßnahmen durchgeführt. Bei Licht und kritisch betrachtet können diese parteinahen Stiftungen auch als „Zweigstellen der Parteien“ verstanden werden. Diese Entwicklung ist möglicherweise die Folge eines Verfassungsgerichtsurteils, in dem das Verbot einer staatlichen Parteienfinanzierung außerhalb des hierfür gesteckten gesetzlichen Rahmens bestätigt wurde. Den parteinahen Stiftungen ist deshalb – stark verkürzt formuliert – nur eine allgemeine Betätigung im Bereich der politischen Bildung gestattet, aber nicht die Förderung oder Zuarbeit zu einzelnen Parteien. Ob dafür jedes Jahr mehr als 500 Mio. Euro erforderlich sind, muß einstweilen der Beurteilung jedes Einzelnen vorbehalten bleiben. Fest steht jedoch, daß von anfänglich 250 Mio. Euro jährlich (um das Jahr 1990 herum) die im Bundestag vertretenen Parteien in stillem Einvernehmen die Zuwendungen an ihre Stiftungen auf mittlerweile über das Doppelte, (mehr als 500 Mio. Euro jährlich) ausgedehnt haben. (eh)

7 Saudi-Arabien nimmt über 85 Mrd. US-Dollar von Inhaftierten ein

In Saudi-Arabien wurden mehrere Geschäftsleute und Verwandte des neu inthronisierten Kronprinzen Mohammed bin Salman wegen angeblicher Korruption angeklagt. Ihr „Hauptvergehen“ war aber möglicherweise eine dem Kronprinzen nicht genehme politische Einstellung, beispielsweise bezüglich der Zusammenarbeit mit China und Russland. Unter den Angeklagten befindet sich auch der als reichster Saudi geltende Prinz Al-Walid bin Talal.

Die Beschuldigten, die in einem Luxushotel festgehalten wurden, konnten sich jedoch mit Milliardenzahlungen an den Staat gewissermaßen „freikaufen“. Dieses „Lösegeld“ kann das in Zahlungsschwierigkeiten geratene Emirat derzeit gut gebrauchen. Durch überbordende soziale Wohltaten bei tendenziell rückläufigen Ölpreisen kommt es in Saudi-Arabien seit einigen Jahren zu Haushaltsdefiziten, die sich auf mehr als 100 Mrd. US-Dollar summieren. Überdies ist ein Großteil der bisher in den USA geparkten Milliarden „eingefroren“, nachdem signifikante Goldkäufe und US-Anleihenverkäufe durch Saudi-Arabien bekannt wurden. Zudem verkündete der Ölstaat erst jüngst, sich nicht mehr einseitig auf den US-Dollar stützen zu wollen. Für die nächste Zeit ist deshalb zu erwarten, daß die westlichen Börsen kaum mehr Zuflüsse aus Saudi-Arabien erwarten können. Absehbar sind vielmehr Abflüsse zur Finanzierung der erheblichen Lösegeldzahlungen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Inhaftierung und Wiederfreilassung der prominenten Saudis gegen Lösegeld den begonnenen Annäherungskurs Saudi-Arabiens in Richtung China und Russland beendet hat und eine Wiederannäherung an die USA beginnt. Daß die Prominenten die einzigen Korrupten in der saudischen Regierung gewesen sein sollen, darf zumindest bezweifelt werden. Oft stecken schließlich nicht nur dort hinter Verhaftungswellen derartig „prominenter“ Zeitgenossen weniger deren tatsächliche Verfehlungen als vielmehr grundlegende geostrategische Überlegungen. (eh)

8 „Hier fehlt mir jedes Verständnis“

Mehr als zwei Jahre nach der zeitweise „kontrolllosen Öffnung“ der deutschen Grenzen und der damit (bewußt?) verursachten „Einwanderungskrise“ sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) noch annähernd 60 000 Asylverfahren offen – und jedes vierte ist schon mehr als 15 Monate anhängig. Für die Steuerzahler sind diese langwierigen Verfahren besonders teuer. Denn wenn Asylbewerber mehr als 15 Monate auf ihren Bescheid warten müssen, bekommen sie nicht mehr „einfache“ Asylbewerberleistungen, sondern haben einen Anspruch auf eine deutlich höhere, an die frühere „Sozialhilfe“ angelehnte Unterstützung. Die für die Asylbewerber und ihre bereits im Land lebenden Angehörigen fälligen Zahlungen verdoppeln sich damit in den meisten Fällen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es dann nicht mehr alleine einen Anspruch auf Plätze in entsprechenden Wohnheimen gibt, sondern es werden auch Mietkosten grundsätzlich übernommen.

Bei den etwa 14 000 Verfahren, die beim BaMF seit mehr als 15 Monaten anhängig sind, führt dies nach Expertenberechnungen zu jährlichen Zusatzkosten von mindestens 33 Mio. €. Zu den „Spitzenreitern“ dürfte in diesem Bereich eine zehnköpfige Flüchtlingsfamilie in Leipzig zählen, der die örtliche Ausländerbehörde im März 2017 einen Bescheid über mehr als 7000 € monatlich (und das ist „netto“!) erstellen mußte. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner hält es für einen Skandal, „daß unsere Sozialhilfe manchen Flüchtlingsfamilien Einkünfte ermöglicht, von denen Normalverdiener nur träumen können. Hier fehlt mir jedes Verständnis.“ Abhilfe könnte nach verbreiteter Beobachterauffassung mit einer Gesetzesänderung geschaffen werden, nach der die Zahlungen während des gesamten Verfahrens – unabhängig von der Verfahrensdauer – nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu bemessen seien. (tb)

9 Keine Chance für eine „deutsche“ EZB

Auf dem im März anstehenden EU-Gipfeltreffen soll nach gegenwärtigem Verhandlungsstand der spanische Wirtschaftsminister Luis de Guindos als neuer Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB) nominiert werden. Wie der aktuelle EZB-Chef Mario Draghi kommt auch Guindos von der US-amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs. Es ist damit zu rechnen, daß der neue „Vize“ gemeinsam mit Draghi das vor allem in Deutschland umstrittene Anleihen-Kaufprogramm der EZB mindestens bis zu dessen planmäßigem Ende im September dieses Jahres in voller Höhe aufrechterhalten wird. Vor diesem Hintergrund ist es fast schon gleichgültig, welche Chancen der Deutsche Jens Weidmann noch für den EZB-Chefposten hat. Draghis Amtsnachfolger wird schließlich erst im nächsten Jahr seinen Posten einnehmen können – und bis dahin werden Draghi und nun wahrscheinlich auch Guindos die Politik des „billigen Geldes im Übermaß“ fortführen . . .

Bei der Besetzung dieser hochrangigen EZB-Posten zeigt sich nach Auffassung mancher Beobachter wieder einmal das „deutsche Eliten-Problem“. Unserem Land fehlen demnach in erster Linie Politiker, die bereit und in der Lage sind, deutsche Interessen auf internationaler Ebene mit Nachdruck zu vertreten und durchzusetzen. Von Ausnahmen abgesehen führe dies, so diese Beobachter, immer wieder dazu, daß deutsche Vertreter vorrangig mit vergleichsweise unbedeutenden Posten abgespeist werden, während (und dies gerade im Finanz- und Währungsbereich) die tatsächlichen Schaltstellen der Macht in vielen Fällen mit Vertretern südeuropäischer Länder besetzt werden, die oft große Teile ihrer bisherigen Berufstätigkeit bei einigen und meistens US-amerikanischen Banken etc. absolvierten.

Für die Eurozone steht nun zu befürchten, daß auch zahlreiche Privatunternehmen der jahrelangen Droge „billigen und massenhaften Geldes“ erlegen sind. Wenn eines Tages Geld wieder knapper wird und die Zinsen steigen, werden sich diese Unternehmen massiven und oft existenzgefährdenden Finanzierungsproblemen ausgesetzt sehen. Nicht zuletzt deshalb (und um den EU-Staaten weiterhin „billige“ Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten) sind manche Mitglieder des EZB-Präsidiums fest entschlossen, die derzeitige expansive Geldpolitik so lange wie nur irgend möglich beizubehalten. (tb)

10 „WDRforyou“

Die mit den deutschen Rundfunk-Zwangsgebühren finanzierten Radio- und Fernsehsender betätigen sich nicht nur im Internet als Wettbewerber z.B. der Zeitungsverlage. Sie leisten sich auch manche Randgruppenprogramme, deren Inhalte viele Gebührenzahler bei genauer Kenntnis wohl nicht zustimmen würden. Hierzu zählt das vom Westdeutschen Rundfunk produzierte und über das Internet verbreitete Programm „WDRforyou“. Auf Arabisch, Deutsch, Persisch und Englisch werden dort rund um die Uhr rechtliche Tricks und Verhaltensweisen verbreitet, mit denen eine erfolgreiche Einreise nach Deutschland und ein möglichst dauerhaftes Verbleiben (im deutschen Sozialsystem, die Red.) gewährleistet werden können.

Unter der Leitung der früheren ARD-Korrespondentin Isabel Schayani arbeiten im „WDRforyou“-Team z.B. der iranische Grafiker Ali Chakav, der vor 5 Jahren als Asylbewerber nach Deutschland kam, oder der Syrer Monis Bukhari, der mit der jüngsten großen Migrantenflut nach Deutschland gelangte und vom „Spiegel“ bereits als „Chef-Lobbyist“ der Syrer bezeichnet wurde. (tb)

11 „Geldquelle“ Kindergeld

Meistens dem Islamischen Staat (IS) nahestehende Gruppierungen haben eine neue „Finanzierungsmöglichkeit“ entdeckt – das deutsche Kindergeld. Über das Internet oder in ausgesuchten Shisha-Bars werden dabei junge Korangläubige dazu gebracht, mit gefälschten Dokumenten für bis zu vier Jahre rückwirkend Kindergeldzahlungen zu beantragen. Die „verspätete“ Antragstellung soll dabei regelmäßig mit dem Hinweis „begründet“ werden, sie seien doch die ganze Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gewesen . . .

Dieses neue Betrugssystem wurde zunächst in Hamburg offenkundig, als Sachbearbeitern der dortigen Familienkasse aufgefallen war, daß sie viele Fälle mit nahezu identischen Begründungen und Unterlagen zu bearbeiten hatten. Die zuständige Staatsanwaltschaft ermittelt hier bereits gegen fast 80 Verdächtige, die alle unter 25 Jahre alt sind. Es kam bisher zu Hausdurchsuchungen bei über 40 islamischen Familien, wo neben den verräterischen Unterlagen in manchen Fällen auch Drogen, Waffen und eine IS-Flagge gefunden wurden. Gleichwohl konnte nicht verhindert werden, daß bis zur Aufnahme der Ermittlungen – und einem Bearbeitungsstopp bei den verdächtigen Fällen – schon annähernd 150 000 Euro zur Auszahlung kamen. (tb)

12 Britischer „Atomstrom“ für das „energiewendete“ Deutschland

Von der im Zuge des „Brexit“ bevorstehenden „Abnabelung“ Großbritanniens vom europäischen Festland ist im Bereich der Stromwirtschaft nichts zu spüren. Im Gegenteil – französische Investoren planen den Bau eines 1,4-Gigawatt-Unterwasserkabels, mit dem in norddeutschen Windkraftwerken erzeugter Strom zumindest so lange nach Großbritannien geschafft werden soll, wie die innerdeutschen Netze in Richtung Süden die hierzu erforderlichen Kapazitäten nicht aufweisen. Großbritannien, das wegen eines überalterten Kraftwerksparks an potentiell Strommangel leidet, kann diesen Strom so lange gut gebrauchen, bis die mit einer Gesamtleistung von 16 Gigawatt geplanten, neuen Kernkraftwerke ihren Betrieb aufgenommen haben werden. Danach, so dürfte das bisher natürlich nicht ausgesprochene Kalkül auf deutscher Seite lauten, könnte das „energiewendete“ Deutschland über dieses Kabel mit britischem „Atomstrom“ versorgt werden . . . (tb)

13 Ölförderung: Das Fracking kommt wieder

Die Internationale Energieagentur erwartet, daß in den USA die Rohölförderung per Fracking-Methode noch in diesem Jahr wieder deutlich ausgeweitet wird. Die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Rohölpreise machen diese Fördertechnik wieder wirtschaftlich. Das zusätzliche Rohölangebot könnte nach verbreiteter Beobachteransicht bereits ab Sommer/Herbst 2018 „preisdämpfend“ wirken, sofern sich an der sonstigen Angebots- und Nachfragesituation nichts Wesentliches ändert. (tb)

14 „Die Macht der Moschee“

Als im Herbst 2015 die deutschen Grenzen für „Flüchtlinge“ (die zu rund 70 % aus moslemischen Ländern stammten) zeitweise geöffnet wurden, stellte kein „politisch korrekter“ Beobachter die naheliegende Frage nach der Integrationsfähigkeit unseres Landes und noch weniger nach der tatsächlichen Integrationswilligkeit der hereingekommenen Menschen. Der Fernsehjournalist Joachim Wagner (u.a. „Bericht aus Berlin“) kommt nun in seinem Buch **„Die Macht der Moschee – Scheitert die Integration am Islam?“** zu dem erwartbaren und zugleich beunruhigenden Ergebnis, daß bei der Mehrheit dieser Muslime eine Integration in die deutsche Staats- und Gesellschaftsordnung bereits weitgehend gescheitert ist.

Man habe die sehr tiefe Verwurzelung vieler Muslime in den Islam und die von ihm geprägte Kultur ebenso unterschätzt wie die Auswirkungen des islamischen Terrorismus auf die deutsche Integrationsbereitschaft. Hinzu komme, daß die deutschen Schulen als eine der wichtigsten „Integrationseinrichtungen“ mit dem ihnen geradezu aufgebürdeten „Mehrfrontenkampf“, bestehend aus Integration, EU-Binnenwanderung und Inklusion (Förderung von Schülern mit „Handicap“) heillos überfordert seien. Auf Basis dieser detailliert dargestellten Sachlage bemißt Wagner schließlich das mögliche Konfliktpotential, das die Zuwanderung von 1,7 Millionen Muslimen seit dem Jahr 2011 noch mit sich bringen dürfte.

„Die Macht der Moschee“ (352 Seiten) kann ab sofort für 24,- € (versandkostenfreie Lieferung im Inland) über unseren Buchversand bezogen werden (Verlag Arbeit und Wirtschaft, Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51 / 5 61, Fax: 0 42 51 / 30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de). Oder besuchen Sie uns im Internet (www.vertrauliche-mitteilungen.de), wo wir unter der Rubrik „Bücher & Mehr“ weitere interessante Lektüre für Sie bereithalten. (tb)

15 Für Sie auf gelesen:

„Ein Snob ist ein Mensch, für den das Beste gerade schlecht genug ist.“